

11-4694 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2318 1J

1992-02-03

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Atomschuggeldscheibe Österreich

Wiederholt wurden in den vergangenen Wochen Berichte laut, die Österreich als eine Drehscheibe von Verschiebungen radioaktiver Stoffe aus dem ehemaligen Ostblock in den nahen Osten dokumentieren. In Italien war Anfang Jänner u.a. ein österreichischer Zwischenhändler festgenommen worden, das Forschungszentrum in Seibersdorf erhielt ebenfalls Mitte Jänner eine anonyme Probe von plutoniumhaltigen Schrauben. Gleichzeitig berichtete ein tessiner Zwischenhändler italienischen Journalisten davon, daß große Mengen an radioaktiven Stoffen aus der ehemaligen Sowjetunion in Europa auf dem Schwarzmarkt zum Verkauf anstünden und dieses Material über österreichische, schweizerische und italienische Verbindungsleute in den nahen Osten verkauft werden würde.

Aufgrund der enormen Brisanz dieser Vorgänge richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Welche Beobachtungen und Informationen liegen der zuständigen Abteilung II/7 des Innenministeriums zu den oben angeführten Verdachtsmomenten vor?
2. Sind bereits konkrete Frage gegen österreichische Personen in dieser Angelegenheit im Laufen?
Wenn ja, welche?
3. Wurden von österreichischer Seite bereits Kontakte mit den GUS-Behörden ge-knüpft, um diese Verschiebungen radioaktiver Stoffe bereits von ihrem Ursprung her unterbinden zu können?
4. Welche prophylaktischen Vorkehrungen trifft das Innenministerium zur Unterbindung einer derartigen Entwicklung auf österreichischem Staatsgebiet?

5. Welche Berichte über die Hintergründe der anonymen Proben von plutoniumhaltigen Schrauben, die an das Forschungszentrum Seibersdorf gelangt sind, liegen dem Innenministerium vor?
6. Welche Analyseergebnisse brachte die Untersuchung der plutoniumhaltigen Schrauben?
7. Wie steht der Innenminister zu den Verharmlosungsaussagen und des zuständigen Sachbearbeiters der Abteilung II/7, Bruno Bertl, der behauptet, daß alles darauf hindeute, daß es sich hier um eine internationale Betrugsaffäre des organisierten Verbrechens und nicht um reale großangelegte Verschiebungen handeln würde?